Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/3930

27. 01. 89

Beschlußempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuß)

zu dem Antrag der Abgeordneten Frau Rust, Frau Olms, Volmer und der Fraktion DIE GRÜNEN
— Drucksache 11/894 —

Sanktionen gegen die Militärdiktatur in Chile

A. Problem

Waffenlieferungen deutscher Firmen im In- und Ausland an die chilenische Militärregierung und Kriegswaffenlieferungen aus Gemeinschaftsproduktionen sollen verhindert werden, um der Ablehnung der Militärdiktatur Nachdruck zu verleihen.

Auch deutsche wirtschaftliche Unterstützung und staatliche Entwicklungszusammenarbeit mit der Militärdiktatur sollen eingestellt werden. Finanzielle Hilfsmaßnahmen der Weltbank sollen nicht länger unterstützt, die Lösung von Ausschuldenfragen durch Umschuldung nicht gefördert werden.

B. Lösung

Die Bundesregierung wird aufgefordert, alle nationalen und internationalen Möglichkeiten auszuschöpfen, um der Ablehnung der Militärdiktatur und der Unterstützung des chilenischen Widerstands Nachdruck zu verleihen.

Ablehnung des Antrags mit Mehrheit im Ausschuß

C. Alternativen

Zu dem Demokratisierungsprozeß in Chile, der mit dem Plebiszit vom 5. Oktober 1988 entscheidende Impulse erhielt, soll ein möglichst breiter Konsens der Parteien des Deutschen Bundestages Hilfe und Unterstützung anbieten. Eine Arbeitsgruppe der Bericht-

erstatter des Auswärtigen Ausschusses soll versuchen, einen gemeinsamen Antrag aller Fraktionen hierzu zu erarbeiten.

D. Kosten

keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag der Abgeordneten Frau Rust, Frau Olms, Volmer und der Fraktion DIE GRÜNEN — Drucksache 11/894 — abzulehnen.

Bonn, den 20. Januar 1989

Der Auswärtige Ausschuß

Dr. Stercken	**Lummer**	**Duve**	**Irmer**	**Volmer**
Vorsitzender	Berichterstatter			

Bericht der Abgeordneten Lummer, Duve, Irmer und Volmer

Der Antrag der Abgeordneten Frau Rust, Frau Olms, Volmer und der Fraktion DIE GRÜNEN — Drucksache 11/894 — vom 6. Oktober 1987 wurde in der 30. Sitzung des Deutschen Bundestages am 8. Oktober 1987 zur federführenden Beratung an den Auswärtigen Ausschuß, zur Mitberatung an den Finanzausschuß, an den Ausschuß für Wirtschaft und an den Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit überwiesen.

Der Finanzausschuß, der den Antrag am 9. Dezember 1987 beraten hat, hat dem federführenden Auswärtigen Ausschuß mit den Stimmen der Mehrheit der Koalitionsfraktionen gegen die Oppositionsfraktionen vorgeschlagen, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit hat in seiner Sitzung am 20. Januar 1988 den Antrag beraten und aus entwicklungspolitischer Sicht mit Mehrheit beschlossen, der federführende Auswärtige Ausschuß möge dem Bundestag empfehlen, die Bundesregierung aufzufordern, wie bisher im bilateralen Bereich jede entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit staatlichen chilenischen Stellen grundsätzlich zu unterlassen.

Den Antrag der Fraktion der SPD, mit dem die Bundesregierung aufgefordert werden sollte, sowohl im bilateralen wie im multilateralen Bereich jede entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen zu unterlassen, hat der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Mehrheit abgelehnt.

Mit Mehrheit hat der Ausschuß beschlossen, der Auswärtige Ausschuß möge dem Bundestag empfehlen, den Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN — Drucksache 11/894 — abzulehnen.

Der Ausschuß für Wirtschaft hat in seiner Sitzung am 20. April 1988 mit der Mehrheit der Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Unterstützung des Antrags durch die Mitglieder der Fraktion der SPD und der Fraktion DIE GRÜNEN beschlossen, dem federführenden Auswärtigen Ausschuß vorzuschlagen, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags der Abgeordneten Frau Rust, Frau Olms, Volmer und der Fraktion DIE GRÜNEN — Drucksache 11/894 — zu empfehlen.

Der federführende Auswärtige Ausschuß, der die Beratung des Antrags betr. Drucksache 11/894 in seiner Sitzung am 26. Oktober 1988 zunächst vertagt hatte, trat am 18. Januar 1989 in Verbindung mit einem Bericht des Staatsministers im Auswärtigen Amt, Schäfer, über die Lage in Chile in die Beratung ein.

Die Berichterstatter der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP sprachen sich dafür aus, nach dem Ergebnis des Plebiszits in Chile vom 5. Oktober 1988 in einer Arbeitsgruppe den Versuch zu machen, einen gemeinsamen Antrag zu erarbeiten, in dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordert, die Militärdiktatur des Generals Pinochet, dem das chilenische Volk eine deutliche Absage erteilt habe, keine Hilfen zu gewähren, vielmehr alles zu tun, die demokratischen Kräfte in Chile zu unterstützen.

Da der vorliegende Antrag — Drucksache 11/894 — hierzu nach Ansicht der Fraktionen der CDU/CSU und FDP keine Grundlage für das gemeinsame Bemühen darstellen könne, hat der Auswärtige Ausschuß ihn mit der Mehrheit der Stimmen der CDU/CSU und FDP bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion der SPD abgelehnt. Die drei Mitglieder der Fraktion DIE GRÜNEN stimmten für den Antrag.

Bonn, den 20. Januar 1989

Lummer **Duve** **Irmer** **Volmer**

Berichterstatter

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333